

Wahnsinn

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Wahnsinn“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Eitzadethnergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Hans Thoma, II., Rosarogasse 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 8-10 Uhr abends Gasthaus Rimmacher, IX., Bazarergasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
Nov.—Dez. 1929
Nr. 12 1. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung beträgt S. 0.90. Vierteljährliche Bezugsgelder für Deutschland M. —. Die Bezugspreise sind im vorhinein zu entrichten. — Postpartienkonta Nr. 69371.

Verraten und betrogen!

Ein Hüttenberger-Pakt in Stockerau. — Die Schober-Verfassung unter Dach. — Arbeiter laßt euch nicht länger vom Kampf um eure Interessen zurückhalten. — Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit.

Die Verfassungsvorlage wird in zehn bis zwölf Tagen fertig unter Dach sein. In sehr vielen wichtigen Punkten ist ein Einvernehmen bereits erzielt worden. Volla Klärung über die noch ungelösten Fragen wird für die kommende Woche zu erwarten sein. (Aus Schobers Erklärung in der deutschen Presse.)

„Die von mir seit der Auseraumung der heutigen Sitzung geführten Parteinverhandlungen haben zur Folge, daß ich bitten muß, den Unterausschuß an einem der nächsten Tage wieder zusammentreten zu lassen, weil dort zu neuen Formulierungen und neuen Anträgen der Regierung Stellung genommen werden muß. Ich bitte daher, zu veranlassen, daß der Unterausschuß so bald als möglich zusammentritt.“ (Aus der Erklärung Schobers im Verfassungsausschuß.)

„Die ganze Mobilisierung der Gewerkschaften, der Appell an den Republikanischen Schutzbund, die Intervention des Auslandes, das alles hat gar nichts an der Wirklichkeit geändert, und diese Wirklichkeit heißt, daß der Bundeskanzler die Fägel fest in der Hand hat.“

„Die Opposition wird sicher solche Umstände nicht missachten. Das hindert natürlich nicht, daß noch über manche Paragraphen sehr ernst gestritten werden. Das gilt sowohl in bezug auf die Stellung von Wien, als auch in bezug auf das Notverordnungsrecht, und gerade in dieser Richtung sollten die Sozialdemokraten ein Beispiel geben ihres staatserbaltenden Charakters.“ (Aus der Neuen Freien Presse.)

„Wir haben in Oesterreich einen Vorteil, den Deutschland nicht hat und unter dessen Mangel auch England leidet. Wir haben nämlich keine starke kommunistische Gruppe, und ich rechne es zum Teil den Sozialdemokraten als Verdienst an, daß es ihnen gelungen ist, bis heute trotz der Armut, trotz der Arbeitslosigkeit und trotz der Verurteilungen, die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft auftreten, ihre Organisation so auszubilden, daß die Kommunisten eigentlich nicht auskommen konnten.“ (Aus der Rede des christlichsozialen Abgeordneten Drexel im Finanzausschuß.)

Das ist eine klare Sprache. Darüber kann kein noch so geriffenes Mandat der Bonzen hinwegkommen. Die Sozialdemokratie hat der Bourgeoisie vorläufig den Staatsstreik erspart, mit dem Schober gedroht hat. Sie hat ihrem staatserbaltenden Charakter, ihrem Kaltenwillen, ihre Unentschlossenheit im Staate bewiesen. Ohne Sozialdemokratie hätte die Schoberverfassung niemals Gesetz werden können. Nur einen Wunsch hat Schober der Sozialdemokratie erfüllt: Das schlechte Amtdeutsch seines Entwurfes wird durch eine, einer Verfassung würdige Sprache, ersetzt; „neu formuliert“, wie Schober sagt.

Der Verrat an den Stockerauer Arbeitern durch Domes und Stein ist nur die Konsequenz der „staatserbaltenden“ Verfassungspolitik. Dr. Palla, der Sekretär der Wiener Arbeiterkammer, hat die Theorie für den zweiten Hüttenberger Pakt konstruiert:

„Die Gewerkschaften bilden heute einen wesentlichen und integrierenden Bestandteil der sozialen und

wirtschaftlichen Organisation unseres Staates, sie sind aus dem Organisationswesen eines modernen Gemeinwesens überhaupt nicht mehr wegzudenken.“

Mussolini mußte, um den „Klassenkampf aus der Welt zu schaffen“, die freien Gewerkschaften zerstören, die Arbeiter in staatslich-faschistische Gewerkschaften pressen, um die „Vollgemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer“ herzustellen. Dr. Palla erklärt die Gewerkschaften als einen integrierenden Bestandteil des Staates, und sagt:

„Man haben sich aber im Laufe der Entwicklung Gewerkschaften verschiedener Richtung gebildet, die jede für sich, im wesentlichen das gleiche Betätigungsfeld in Anspruch nehmen, und nun untereinander um Macht und Einfluß ringen.“

Damit will Dr. Palla und die Gewerkschaftsbürokratie sagen: Da auch die gelben, christlichen und unparteiischen Gewerkschaften ein „integrierender Bestandteil“ des kapitalistischen Staates sind — müssen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter — jeden Streikbrecher und Heimwehrler in den Betrieben dulden. Das ist noch nicht das Ärgste, daß sie auch mit dem „Unternehmerkreisläufen“ zu arbeiten.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, fühlt ihr, wie entehrend und schmachvoll die Gewerkschaftsbürokratie eure Organisation, die ihr zur Abschaffung der kapitalistischen Lohnsklaverei opfervoll aufgebaut habt, zum unentbehrlichen Bestandteil des kapitalistischen Staates erklären, wie sie auch mit dem „unpolitischen“ Unternehmerkreisläufen „redlich“ auf eine Stufe stellen?

Gibt alle Hoffnung auf, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die Domes, Huber und Comp. noch einen einzigen Kampf führen werden, der gegen die Interessen der „Wirtschaft“ geht. Jeder Lohnkampf, jeder Streik ist heute ein Kampf gegen die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

Legt Domes, Huber, Stein und Comp., die eure Organisation in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft stellen, das Handwerk. Wer kapitalistische Wirtschaftsinteressen vertritt, kann nicht proletarische Masseninteressen vertreten; der gehört aus den Reihen des klassenbewußten Proletariats entfernt.

Mit voller Wucht lastet die ansteigende Krise auf dem Proletariat, die Arbeitslosenziffern schlagen Notrufe.

Es gilt aus eigener Kraft den Kampf zu organisieren, aus den Betrieben und Organisationen müssen revolutionäre Arbeiter die Führung im Kampf für die Arbeiterinteressen übernehmen.

Nieder mit der Diktatur-Verfassung! Heraus mit den Faschisten aus den Betrieben.

Höhere Löhne. — Arbeit und Brot für die Arbeitslosen.

Es lebe der revolutionäre Klassenkampf.

Die sozialdemokratische Reichskonferenz,

die Sonntag, den 24. d. M. tagte, hat nach einem Referat Dannerbergs beschlossen, das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über die Verfassungsänderung zu billigen. Damit ist die Sozialdemokratie weit hinter die von ihr am letzten Parteitag als unannehmbar bezeichneten fünf Punkte zurückgewichen. Auch diese Reichskonferenz war nur ein Mandat um den Verrat am Proletariat zu verdecken; um die Arbeiter an der Stange zu halten.

Die Republik und das Proletariat

Wohl ist die Republik für uns wie für Marx das ideale Terrain der Revolution, aber warum? Weil sie klassengegenüber unmitttelbar und deutlich zutage treten läßt, ohne daß sie durch dynastische Berechnungen gesichert werden. Die Ueberlegenheit des republikanischen Regimes verschwindet aber, sobald das Proletariat, um die Republik zu retten, wenn sie in Gefahr ist, jedwede seine Forderungen aufgeben mußte. Dann würde die Republik die schlimmste der Regierungsformen. (Julius Guesde auf dem Sozialistenkongress in Amsterdam, 1904.)

(N.) Julius Guesde, der große, verstorbene französische Sozialist, hat 1901, als die Sozialdemokratie noch eine marxistisch-revolutionäre Partei war, mit diesen Worten, die die Taktik für die revolutionäre Partei des Proletariats festlegte. Jeder Arbeiter kann an den Worten Guesde erkennen, wie weit die Sozialdemokratie von heute vom Marxismus entfernt, wie tief sie im Sumpf der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gesunken ist.

Die österreichische Arbeiterklasse muß aus den eifjährigen Erfahrungen mit der bürgerlichen Republik und sozialdemokratischer Politik und Taktik die Lehren für die Zukunft ziehen.

Seit dem Vorkauf der Republik verlangen die sozialdemokratischen Parteiführer vom Proletariat Opfer und wieder Opfer. Offen rühmen sie sich ihrer Verdienste um die bürgerliche Republik, indem sie es verstanden haben, das Proletariat vom revolutionären Kampf um seine Interessen abzuhalten, den Kommunismus aus den Köpfen der Arbeiter zu vertreiben. Im Interesse der Wirtschaft, der Konkurrenzfähigkeit der Industrie und der Staatsinteressen, haben die sozialdemokratischen Parteiführer jeden wirklich ersten Lohnkampf abgekrümmt, haben das Proletariat gelehrt, sich auf „geistige Waffen“ zu beschränken, während die Bourgeoisie Heimwehren anrückte, Schieber 90 Proletarier niedertrüfste und ein Arbeiter nach dem anderen von den Heimwehren niedergeschossen ward. Politiken um Politik haben die sozialdemokratischen Parteiführer preisgegeben. Von der Wiener Zamerung des Prälatesen Seipel bis zum 15. Juli geht ein Weg — der Weg der steigenden Macht der Bourgeoisie und der Kapitulation der sozialdemokratischen Partei.

Der 15. Juli leitete jene Etappe ein, von der Guesde sagt, daß die Republik die schlimmste der Regierungsformen sei. Mit dem 15. Juli hat die Bourgeoisie ihr republikanisch-demokratisches Bild gelichtet, sie war mit Hilfe der Sozialdemokratie fast genug geworden, um der Republik vom 12. November 1918 dem Mythenkranz des „Vollstaates“, den ihr die Sozialdemokratie zum Verzug des Proletariats aufgemalt hatte, mit dem Blut von 90 Proletariaten wegzunehmen. Am die Republik von dem Bürgerkrieg zu verschonen, blieb der 15. Juli ungeführt, er wurde der Ausgangspunkt der Heimwehrebewegung, er war der Alarm zur Generaloffensive gegen die Arbeiterklasse. Die demokratische Republik entpuppte sich als reaktionärer Polizeistaat. Die republikanischen Behörden und Justiz überboten sich an Willkür und Provokationsakten

gegen die Arbeiterklasse. Die republikanische Gesetzgebung erwies sich drakonisch gegen die Armen, nachsichtig gegen die Reichen.

Am 29. September hat die Bourgeoisie mit der Regierung Schober offen das Regime der Konterrevolution aufrecht. Mit der Schober-Verfassung will die Bourgeoisie freie Hand haben, gesetzlich — verfassungsmäßig die Arbeiterklasse niederzuwerfen. Nicht die Republik ist bedroht, wie die sozialdemokratischen Führer behaupten, sondern die sozialdemokratische Führer behaupten, sondern die Republik bedroht die Arbeiterklasse mit Faschismus und schwärzer Reaktion. Der Hauptfeind der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampfe ist der republikanische Staat, der Hauptgegner des Proletariats Kampfe um das tägliche Brot die republikanische Staatsgewalt.

Am Beratungstisch mit Schober, Papst, Steible und Pfeimer haben die sozialdemokratischen Parteiführer die wesentlichen Punkte der Schober-Verfassung akzeptiert. Die Regierung bekommt von der Sozialdemokratie verfassungsmäßig das gewährt, was sie braucht, um den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats auf legalen Wege im Blut zu eskalieren. Die Bourgeoisie hat erreicht, was sie wollte: freie Bahn zur Ausbeutung und Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit bei sinkenden Löhnen, direkte und indirekte Beseitigung der sozialen Ervingeschichten, verschärfte Massenankämpfung durch Steuern und Zölle, steigendes Massenelend bei steigendem Profit. Und sollte sich das Proletariat dennoch wehren, dann soll die Staatsgewalt, der autoritäre Staat für Ruhe und Ordnung sorgen.

Am 12. November ist das Proletariat in Wien und Innsbruck, in Graz und Linz der sozialdemokratischen Partei gefolgt, welche für diese Republik zu demonstrieren auftritte. Das Proletariat demonstrierte für jene Republik, die am 15. Juli dem Proletariat den Vrogol von jenem Drama aufspielte, daß nach dem Inkrafttreten der Schober-Verfassung das Programm der Bourgeoisie sein wird. In dem das Proletariat den sozialdemokratischen Führern Gehorsam leistete, befügte es, diese erst, der Bourgeoisie die Schober-Verfassung kampflos in die Hände zu spielen. Die sozialdemokratischen Führer erwießen sich in jeder kritischen Situation als die besten Stützen des Kapitals. Immer wenn das Proletariat, seinem Klasseninstinkt getrieben, zum Kampfe bereit war, waren es die sozialdemokratischen Führer, die unter irgendeinem Vorwand es verstanden, den Kampf zu verschieben oder im Sand verlaufen zu lassen.

Einer Kette des Verrates am Proletariat gleicht die Politik der Sozialdemokratie. Vom 4. August 1914, wo die Sozialdemokratie für ihre Schergen Dienste Lob und Anerkennung der Habsburgermonarchie erntete, über den Zimmerstreik 1918, wo sie sich als die einzige Kraft erwies, die Arbeiter der Rüstungsindustrie erneuert zur Fabrikation von Nordwerkzeugen für die blutige Niederwerfung zu bewegen, bis zur Novemberrevolution, auf deren Schultern sich die Sozialdemokratie erst setzte, nachdem sie von Massen vollzogen war, geht ein Weg des Verrates am Proletariat. Je radikaler der Antromargismus spricht, desto größer waren seine Dienste, die er der Bourgeoisie erwies. 1918 war der Sieg der proletarischen Revolution nur abhängig vom Willen der Arbeitermassen, die sozialdemokratischen Parteiführer verkündeten das „friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus“ und wurden die Ketten des Privateigentums, die Ketten des Kapitals. Elf Jahre später ist die Macht der Bourgeoisie so groß, daß sie mit dem Staatsstreik droht, wenn die Sozialdemokratie nicht dafür bürgt, daß sich die Arbeiterklasse mit einer reaktionären Verfassung knebeln läßt.

Je länger das Proletariat der Sozialdemokratie folgt, desto schärfer wird sich das demokratisch-republikanische Regime gegen das Proletariat ausbilden.

Je schärfer der sich abkühlende Kapitalismus auf den Widerstand der Arbeitermassen stößt, je schärfer die sich abkühlende Wirtschaftskrisen des absterbenden europäischen Kapitalismus auswirken, desto lazierhafter, schamloser ist die Anpassung der sozialdemokratischen Parteiführer an die Interessen nicht nur der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie, sondern auch des „eigenen“ Staats.

Die sozialdemokratischen Parteiführer sind die Vertreter der kapitalistischen Interessen im Lager des Proletariats, sie sind die letzte Reserve des Kapitalismus.

Der Staat als Produkt der Unveröhnlichkeit der Klassen gegenüber, als ein Organ der Klassenherrschaft, zur Unterdrückung der einen Klasse durch die anderen, wird

Hilfe den Arbeitslosen!

Hunger ertragen ist hart, Kälte ertragen ist bitter, aber beides zusammen, wie es im „fremden“ Oesterreich Jehntausenden von Arbeitslosen gibt, das zu ertragen... wer kann es in Worte kleiden? Alles fehlt, Nahrung, Kleider, Schuhe, Wäsche — und vielen selbst ein kaltes Zimmer. Kinder leiden, die Tuberkulose wütet, feuchte ungeheizte Mietshöhlen geben den Rest. Millionen werden für Heimwehr, Polizei und den staatlichen Machtapparat jährlich verausgabt, um die Geldstrände der Reichen vor dem Hunger der Notleidenden zu schützen. Millionen werden verpulvert für verachtete Banken und Gehälter der hohen Herrn. Wir erinnern die Volkvertreter an unser Elend, wie werden sie aufrechnen, wenn

es nötig sein sollte. — Wir brauchen Kohlen, um unsere Mietshöhlen zu heizen, damit uns unsere Säuglinge nicht am Arm erfrieren.

Wir fordern von Land und Gemeinde eine sofortige Kohlenabgabe von 200 Kilogramm für Familienerhalter und 100 Kilogramm für Ledige.

Ist die Landesgewerkschaftskommission bereit, diese — wahrhaftig bescheidene — Verordnung zu unterstützen. Wir machen sie darauf aufmerksam, daß bald Weihnachten kommt, und erlauben uns anzumelden, damit auch für uns etwas abfällt vom Landes- und Gemeindefudget.

Die Verfassungsänderung und die Mieter.

Die größte Pest in den Ausgaben des Proletariats war vor dem Kriege der Mietzins. Wer eine eigene Wohnung besaß, mußte eine volle Woche im Monat für den Hausherrn roboten. Das gegenwärtige Mietengesetz, das uns ab 1. August d. J. befreit, hat die Mietzinslast beart hinaufgeschraubt, so daß sie bei den derzeitigen Einkommen den Proletariaten wieder Gorge bereiten. Für die Arbeitslosen, besonders für die Ausgezeichneten, bedeutet der Monatszins geradezu eine Katastrophe. Nun wissen wir aber, daß 1920 die zweite Staffelung und 1921 die dritte Staffelung kommt, so daß die Mietzinslasten nicht etwa die gleichen bleiben, sondern noch größer sein werden. Mit Bangen denkt der Proletariat, was nach 1921 sein wird. Immerhin wurde es für das an Niederlagen bereits gewöhnte Proletariat Oesterreichs noch einen Trost bedeuten, wenigstens zu wissen, um wieviel es bis 1921 von den Zinsgebern gesetzlich geschützt werden kann. Aber selbst dieser bittere Trost scheint nach den Vorgängen hinter den Vorarlbergmouren Täuschung zu sein. Wenn die reaktionären Verfassungsentwürfe Gesetz werden, kann durch einfache Verordnung ohne jede parlamentarische Behandlung der Mieterschutz vollständig beseitigt werden. Das Organ des Verbandes der Haus- und Grundbesitzer (Wirtso-Verband) berichtet, Bundeskanzler Schober habe bei einer Sitzung bei ihm vorkommenden Abordnung dieser Hausbesitzerorganisation erklärt, er bringe den Bedürfnissen der Hausbesitzerorganisation ein großes Interesse entgegen und er werde ihre Wünsche in weitestgehendem Maße fördern. Nicht einmal jene, die sich noch gut an die Zeiten der Nationalität erinnern, können sich ausmalen wie es uns ergeht, wenn der Verfassungsentwurf der Renton Gesetz wird.

Zum Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Folgende Verbesserungen sind notwendig: 1. Erhöhung des Mietzinszuschusses um 15 Prozent. 2. Erlaubnis, daß 25 Prozent des früheren Arbeitsverdienstes zur Arbeitslosenunterstützung ohne Abzug verbucht werden dürfen. 3. Abschaffung des Doppelverdienstes durch ein Gesetz. Was in Deutschland möglich ist, muß auch bei uns möglich sein. Jeder Beamte, der in Deutschland zu seiner Pension durch Nebenverdienst mehr verdient als sein Gehalt ausgemacht hat, verliert den Pensionsanspruch. Vielen Arbeitslosen könnte durch eine solche Maßnahme Arbeit und Brot verschafft werden. A. Rudorfer.

Riße in der Labour-Partei.

Nach dem Jubel, den die Labour-Regierung nach ihrem „Erfolg“ in Haag gernernt hat, kommt der Regenjammer. Seit dem Macdonald an der Regierung ist, ist die Zahl der Arbeitslosen um 100.000 gestiegen. Eine von der Regierung einberufene Konferenz, zum Zweck der Wiedereinführung des 7 Stundenlages im englischen Bergbau, wurde von den Kohlenbaronen demonstriert nicht besucht. Darob herrscht in den Kreisen der Bergarbeiter große Empörung. Sie verlangen, daß die Regierung durch das Gesetz den Siedenbestand wiedererhöhe. Ein völlig unzulänglicher Entwurf über die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung hat den Widerstand von 20-30 Abgeordneten gebunden, die eine Erhöhung der Unterstützung auf ein Pfund verlangten. Auf dem Verbandstage der Bergarbeiter kam es wegen des Verlangens der Regierung in der Arbeitslosenfrage und dem Bergbauproblem zu scharfen Angriffen auf Macdonald-Snowden und Henderson. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Herbert Smith hat seine Funktion zurückgelegt, da sein Begleit Hoffsite, die unzureichenden Vorschläge der Regierung ablehnte. Den englischen Arbeitern wird der reaktionäre Charakter der Macdonald-Regierung immer klarer.

Wenn hungert, dann erst „besondere Notlage“ gegeben.

Die Gewerkschaftskommission, ihre Vertreter, die in der Industriellen Bezirkskommission sitzen, sie können noch immer zu den maßlosesten, rücksichtslos in Durchführung begriffenen Einstellungen der Arbeitslosenunterstützung. Wir halten es für unsere Aufgabe, immer wieder in aller Öffentlichkeit die brutale Art aufzuzeigen, wie dabei vorgegangen wird. Da hat die Grazer Industrielle Bezirkskommission einer Arbeitslosen Gr.-Nr. 43553 die Unterstützung eingestellt, mit der Begründung: „Der Lebensgehalt ist im Bezug der Altersrente und zwei Töchter verdienen.“ Wenigstens beträgt die Altersrente nur 50 S. Zum Leben zu wenig, zum Hungern nicht zuviel. Die eine Tochter verdient 10 Schilling in der Woche, die andere, die nicht mehr zuhause wohnt, 20 Schilling in der Woche und hat ein kleines Kind. Wie nagen am Hungertuch, alle haben zu wenig zur Erhaltung ihrer eigenen Person. Jetzt sollen sie bei ihrem Lebenselend die Mutter auch noch erhalten. Diese schändlichen Beschlüsse nehmen kein Ende. Freigewerkschaftler fordert in den Verhandlungen, daß eure Vertreter gegen diese schändlichen Abbaubeschlüsse ankämpfen.

gerade jetzt, wo die reaktionäre Schober-Verfassung die öffentliche Macht allmächtig werden läßt, in den Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzungen gestellt.

Wir leben in jener Epoche von der Friedrich Engels sagt:

„Sie, die öffentliche Macht, verläßt sich aber in dem Maße, wie die Klassen gegenüber innerhalb des Staates sich verschärfen... — man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht...“

Was die Arbeiterklasse schaffen muß, um zu zeigen, daß sie eine revolutionäre Führung, eine kommunistische Massenpartei. Wir linke Kommunisten (Trotzkisten) wollen die Pioniere sein.

Faschisten-Majmärsch in Graz.

Am 11. November ging es schon in den Straßen sehr bewegt zu, die Faschistenprovozierer, an verschiedenen Stellen die Arbeiter und es kam zu mehreren Schlägereien; ein Arbeiter wurde angeschossen, einige erlitten Stiche. Als die Starhembergjäger um 9 Uhr abends ankamen, war schon die Erregung der Arbeiterkraft aufs äußerste gestiegen. Laufende von Arbeitern hatten den Bahnhof, sowie die Straßen, wo die Starhembergjäger marschierten, besetzt.

Der Marsch vom Bahnhof in die Stadt, war für die Faschisten ein Spektakel. Die Menge brach in stürmische Pfui-rufe aus, es wurde gepöffelt, ausgepöndelt, der Zug von Arbeiterkraft, an mehreren Stellen angegriffen.

Die Starhembergjäger konnten nur unter dem Schutze der Polizei, die mit Stahlhelm und Infanteriegewehren ausgerüstet waren, und sie mit gefülltem Bajonett schützten, in die Stadt.

Am Bahnhof kam es zu Attaden, an der Murbrücke zog die Polizei blank.

Am 12. November marschierten 9 bis 10.000 aus allen Bundesländern zusammengesetzte Heimatschützen auf und wurden von den Bürgerlichen mit Begeisterung empfangen.

Der Aufmarsch der S. P. war stärker als bisher, der Schubbund hatte am Hauptplatz keinen Platz und mußte in den Nebenstraßen aufstellen nehmen. Die Stimmung war kampfbereit. Das Sekretat des Dr. Eisler wurde sehr teilnahmslos aufgenommen. Es sang immer die alte Reier: Ruhe, Frieden, ... Wir werden uns wehren mit allen Mitteln, wenn wir angegriffen werden. Dienstag nachmittags, bei der Heimfahrt der Faschisten, war die Polizei äußerst brutal; als das Schauspiel vom 11. November beim Einzug der Starhembergjäger, nicht zu wiederholen, mußte jeder Passant vom Bahnhof bis zur Murbrücke am Trottoir auf und abgehen, niemand durfte stehenbleiben, der gesamte Bahnhofplatz wurde geräumt.

Der Schubbund wurde nachmittags interniert und durfte nicht, den vom Heimatschutz überfallenen Arbeitern zu Hilfe eilen. Im Parteihaus und im Gewerkschaftshaus wurde der Schubbund eingesperrt. Der Schubbund verlangte nach Waffen, was die S. P.-Führer ablehnten.

Georges Clemenceau gestorben.

Mit ihm ist eine der markantesten Gestalten Frankreichs dahingegangen. Er war der Führer der radikalen Partei und mit Emile Zola und Jaures der glühendste Verfechter des Hauptmann Dreyfus, der vom französischen Militarismus des Hochverrats an Deutschland beschuldigt war. In diesen, sich auf Jahre erstreckenden Prozeß lehrte Clemenceau keine messerscharfen, flammenden Leitartikel gegen den wahren Charakter des Militarismus und Militarismus. Das war die herrlichste Periode seines Lebens. Clemenceau war zeit seines Lebens ein Hasser des Sozialismus und Deutschlands. Im Weltkrieg bekämpfte er alles was seiner Auffassung nach den Krieg nicht entlasten und konsequent führte. Er stürzte die Regierung Painleve und übernahm die Regierung. Seine Regierung war das Regime des ernstesten Militarismus. Hochverrats- und Spionageprozesse, Waffenverhandlungen und Anhebung der Arbeiterpreise waren auf der Tagesordnung. Nach dem Sieg Frankreichs, war es Clemenceau der die Friedensverträge diktierte. Seine fanalischer, unbeglamer von Haß und Radsucht beherrschter Charakter hatte ihm den Beinamen „Tiger“ eingetragen. Mit ihm ist einer der großen europäischen Menschenschlächter des Weltkrieges gestorben.

Schlamperei oder Absicht.

Ist es für jeden Arbeiter schon ein Unglück, wenn er arbeitslos wird, dieser Schlag aber wird unerträglich, wenn der Arbeitslose noch drei, vier, fünf Wochen und mehr zum Leben gehalten, von einer Stelle zur anderen herumgeschickt wird, bis er seine Kontrollkarte und Unterstützung bekommt. Findet man nichts, dann bekommt man die Antwort „Ist nichts hier“, muß bei der Versicherung oder bei der Industrieellen Bezirkskommission liegen, wenn dort nicht beim Schalter, so wird man hin und hergeschickt und steht vor dem blanken Klotz.

Wird der Arbeitslose empört und äußert sich gegen diese Schlamperei. „Was soll ich machen, habe kein Geld, nichts zum Essen“, dann antwortet man „Das geht mich nichts an, Sie müssen halt erwidern“. Zum Hunger noch die Kronkassette. Es werden die Kontrollkarten verworfen und das soll der Arbeitslose mit dem Hunger büßen. In letzter Zeit mehren sich diese Fälle.

Hat der Arbeitslose, nach langem Darben endlich die Kontrollkarte erhalten und geht mit Freunden zur Finanz, in der Hoffnung, ein Geld zu bekommen, so lehnt diese die Auszahlung der Unterstützung ab, trotzdem er eine Besichtigung von der Versicherung hat nach welcher das Geld ausbezahlt werden soll, Begründung: Sie bekommen heute kein Geld, ihr Buchstabe ist erst Freitag oder Samstag, was garben, wenn ihr Buchstabe an die Reihe kommt. So muß der Arbeitslose neuerlich sich kopfen lassen, wehrt man sich, so kommt man mit der Polizei in Konflikt. Das sind die Schikanen des Herrn Wohlfied. Arbeitslose, lögt euch dies nicht länger gefasst. Was!?

Wird der freigeberische Arbeitslosen-Ausschuß nichts davon? Es wäre an der Zeit, zu fordern, daß bei der ZBR, und bei der Versicherung mehr Ordnung ist, daß man nicht wochenlang auf die Unterstützung warten muß.

Wir fordern von der ZBR und der Finanz-Landes-Direktion Graz, daß die Arbeitslosen, die durch die Schuld der ZBR, oder der Versicherung wochenlang die Unterstützung nicht bekommen, die Unterstützung an jedem beliebigen Tage erhalten.

Verschiedenes.

Buharen.

wurde auf der letzten Tagung des PK der NK B aus dem Politbüro ausgeschloffen und den Rechten mit dem Ausschluß aus der Partei gedroht. Der Kampf zwischen Stalin und den Rechten spitzt sich immer mehr zu.

Die Weber von Gorkonia

in Nordamerika, dem Lande der „Freiheit“ wurden im Verlaufe eines Streiks von der Polizei angegriffen und wehrten sich gegen die Polizei-Handeln. Im Verlaufe des Kampfes, der von der Polizei mit den modernsten Mörservergnügen geführt wurde, fand ein Volkstod den Tod. Sieben Arbeiter wurden des Mordes angeklagt. Der Staatsanwalt bezeichnete die Angeklagten als „Teufel mit Hörnern und Hufen, die ihren höllischen Dreck mit Schußwaffen verkauft haben, um zu mordeten. Es sind Korbweber in Menschengestalt, die wie ein Zyllon über unser Land hinwegziehen, um ihre Krallen in das Herz unsere Gemeinbe zu senken. Wo sie gebuddel werden ist man seines Lebens nicht mehr sicher. Unser Eigentum ist gefährdet.“

Nach dieser Rede erklärten die hitzlernen Bürger-Geschworenen die Angeklagten für schuldig und alle hingen wurden, ohne Beweis zu Justizhaus bis zu 20 Jahren verurteilt.

Wieviel weltliche Katholiken gibt es in Wien?

Der Leiter des Wiener Hilfswörterbuches, der Jesuitenpater Boggruber, stellt nunmehr über die in diesem Jahre in Wien abgeschaltene große Volkszählung folgende endgültige Statistik auf:

„In Wien sind 1.420.000 Katholiken, wovon höchstens 1.250.000 beichtspflichtig sind. Nach genauen Registrierungen gingen 184.060 Millionensteiner zur Beichte, so daß man in Wien mit nur 16 Prozent Katholiken rechnen darf.“

Offenbar ist es bei den übrigen 84 Prozent nur Bequemlichkeit, daß sie nicht an eine Austrittsbescheinigung aus der katholischen Kirche an das Magistratische Bezirksamt einreichen.

Mac Donald an der Arbeit.

Er beglückwünschte Stalin (Ruffin) zu seiner Auszeichnung mit dem Ballon. Bezüglich der Beziehungen zu Sowjetland, erklärte er, daß England unbedingt an der Förderung der Jarenkschulden befestigen müsse. Fünfundzwanzig, er ist ein sozialistischer Staatsmann. Er ist für den Frieden mit Tebermann, und ist bemüht Geld ins Land zu bringen.

Die Kirche ein Instrument der herrschenden Klasse.

In ihrem Ursprunge war die christliche Religion weder eine überirdische Offenbarung, wie ihre Gläubiger sagen, noch ein Machtwort von Heiligen, wie bürgerliche Katholiken oft genug behauptet haben. Sie war vielmehr als Weltreligion ein Produkt der griechisch-römischen Welt; ihre Glaubenslehren finden sich fast alle bei dem jüdischen Schriftsteller Philo, der in seinen zahlreichen Schriften religiöse Überlieferungen des Judentums mit griechischer Philosophie verknüpfte, und ihre Sittenlehren fast alle bei dem römischen Philosophen Seneca, der Armut, Entschicktheit und Tugend predigte, dabei freilich die rechte Hand des berühmten Kaisers Nero war und ein überlades erworbenes Vermögen von 80 Millionen Mark hinterließ. Die erste Gehalt der christlichen Religion kann man in der Offenbarung des Johanns erkennen, der ältesten Schrift des neuen Testaments, mit ihrem verworrenen Fanatismus, mit ihrer Moral der Fidesabstimmung, mit ihrer Prophezeiungen und Visionen.

Diese Entwicklung der christlichen Kirche vollzog sich nicht ohne große Kämpfe gegen die Staatsgewalt, die den neuen Staat im Staate nicht aufkommen lassen wollte, Kämpfe zwischen den einzelnen Organisationen, Kämpfe zwischen Geistlichkeit und Volk, bei denen gewöhnlich die Geistlichkeit den Sieg davontrug. Aber in diesen Kämpfen wurde die christliche Kirche diejenige Organisation im römischen Reiche, die alles in sich zu-

lammensetzte, was die antike Welt noch an Intelligenz und Tatkraft enthielt, und nachdem sie sich im Kampfe mit der Staatsgewalt als unbesieglich erwiesen hatte, begann sie sich selbst die Staatsgewalt zu unterwerfen. Im Beginn des 4. Jahrhunderts fand bereits ein solch ein Kronpräsident, daß demjenigen der Sieg wünte, der den Christengott sich günstig stümmte, mit anderen Worten, der sich mit der christlichen Geistlichkeit verbündete, und durch den Kaiser Konstantin wurde das Christentum zur herrschenden Religion im römischen Reiche.

Wen nun an wuchs das Kirchenvermögen erst recht an; die Kirche wurde enorm reich und die Geistlichkeit völlig unabhängig von der Masse der Gläubigen. Im gleichen Maße aber hörte die Geistlichkeit auf, das Kirchenvermögen im Interesse der Armen zu verwalten und vergaß es für ihr Wohlleben. Damit diese Seelenhirten nicht das ganze Kirchengut für sich verpraßten, wurde im 6. Jahrhundert festgelegt, daß wenigstens der vierte Teil des jährlichen Einkommens den Armen verbleiben sollte, während von den anderen drei Vierteln dem Bischof, das zweite seiner Geistlichkeit und das dritte den Kultusbedürfnissen zufallen soll.

Geheimwohl galt im Prinzip und in der Theorie das Kirchengut als Eigentum der Armen, als patrimonium pauperum; der kommunistische Ideengehalt des Christentums ließ sich nicht völlig erkunden, so lange die sozialen Zustände dauerten, die ihm erzeugt hatten.

Aus: Franz Mehring, Deutsche Geschichte.

Die Saitzel-Gruppe eine Filiale des Feindes.

Wir folgen es der Saitzel-Gruppe von allem Anfang voraus. Führt sie den Kampf gegen die Führung und vor allem gegen den Führer des Sozialdemokratischen Rudolf nur persönlich, ohne für die Befreiung der Sozialisten zu kämpfen, dann bricht sie zulammen. Das ist eingetreten. Um sich zu halten, gingen sie bei den Wahlen hinter den Rücken mit Strafella und nun berichten uns Sozialisten, die der Saitzelgruppe bis vor kurzem noch angehört, daß viele Rettungsmittel bereits bei den Fahnenbeschwänglern gelandet sind, um sich vor diesen schändlichen Banditen über Wasser halten zu lassen. Da die Dinge nun so stehen, fordern wir alle Sozialisten, die noch in der Saitzelgruppe sind, auf, dieses Lager des Gumples zu verlassen, und geschlossen in den Landesverband zurückzutreten. Die Massenbewegungs Funktionäre sollen diesen Liebesgang organisieren und durchführen. Die Führung des Landesverbandes liegt zwar nach wie vor in den Händen von Kleinbürgern. Die Sozialisten werden es im Laufe der Zeit, aber lernen, an Stelle der Kleinbürger aufrecht, Klassengenossen zu stellen.

Kommunawahlen in Preußen und Sachsen.

Am 17. November haben in Preußen und Sachsen, also in einem Gebiet, das fast 50 Millionen Einwohner zählt, die Gemeinderatswahlen stattgefunden. Es sind dies die ersten Wahlen in großem Maßstab seit den Reichstagswahlen vom Mai 1928, die ersten Wahlen nach einem Jahr sozialdemokratischer Koalitionsregierung, nach dem Sturz vom 1. Mai in Berlin.

Die Kommunistische Partei ist in diese Wahlen mit der Hauptaufgabe gezogen, daß sich Deutschland mitten in einem revolutionären Aufschwung befindet, daß die Massen in breiter Front zum Kommunismus übergehen und ihre reformistischen Illusionen überwinden.

Der Ausgang der Wahl ist keineswegs eine Bestätigung dieser Einschätzung der Lage in Deutschland. Wohl ist es der SPD in Berlin gelungen, die SPD fast einzuholen. Aber mit den 565.795 Stimmen, die sie erhielt, hat sie das vorjährige Wahlergebnis (611.317) nicht zu halten vermocht — trotz der schamlosen Korruption der SPD in der Berliner Stadtverwaltung, dem Massenmord Jürgelbels vom 1. Mai und der reaktionären Regierungspolitik der SPD. Die SPD hat am 17. November eine schwere Niederlage erlitten. Gegenüber Mai 1928 (918.198 Stimmen) verlor sie mehr als 170.000 Stimmen und erreichte nur 851.735 Stimmen. Diese Verluste äußern sich zum Großteil in der geringeren Wahlbeteiligung. Effektive gewonnen haben die Nationalsozialisten, die trotz geringerer Wahlbeteiligung von 39.052 auf 132.000 emporschnellen. Der schändliche Hugenberg-Filber-Bloed ist dadurch in Berlin stärker geworden als 1928.

In der Provinz dagegen ist das Wachstum der SPD, noch nicht zum Stillstand gekommen. Sie haben in manchen Gebieten wie Sachsen, Mitteldeutschland, Schleswig-Holstein usw. weitere Fortschritte gemacht, während die SPD ihre Positionen im allgemeinen behauptete, in Mitteldeutschland und Sachsen dagegen ernste Verluste erlitt.

Attentat auf Wallis.

Die seit Monaten zur Siebzehige gesteigerte Hebe gegen die Funktionäre der organisierten Arbeiterkassen hat in dem Attentat von drei Beamten gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wallis einen ersten Ausbruch gefunden. Jene Arbeiter, die glauben, die SPD-Führer werden doch an irgend einen Punkt die Arbeiterkassen in den Kampf führen, geben sich großen Illusionen hin. Die oberste Aufgabe der SPD-Führer ist Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung um jeden Preis.

Das Spiel mit dem Staatsrecht in Polen.

Bisubski, der Nationalheld Polens, der unter dem Jubel der polnischen Sozialdemokraten 1928 zur Macht kam, will sich jetzt zum offenen Diktator Polens aufschwingen. Bei der Eröffnung des Sejm, war dieser von Bisubski mit einigen hundert Offizieren besetzt. Der Sejmarschall Daszynski schloß hierauf die Sitzung. Nach langem Verhandeln mit dem Staatspräsidenten wurde die Eröffnung des Sejm auf 30 Tage verschoben. In Polen herrscht das Militär und die Polizei in der Stadt, die Gutbesitzer und die Gendarmen am Land. Ob Bisubski das Scheinparlament zum Teufel jagt oder ob es weiter regiert, für die Arbeiter und Bauern Polens gibt es weiter einen Weg, das ist der Weg der proletarischen Revolution.

Gemeinderatswahlen in Niederösterreich.

Die am 18. ds. M. stattgefundenen Gemeinderatswahlen ergaben für beide Parteien, Christlichsozialer und Sozialdemokraten, Stimmenzuwachs und Mandatgewinne. In einigen Industriestädten vermochten die bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Mehrheit zu stützen, dagegen verloren die bürgerlichen Parteien in den ländlichen Gemeinden Positionen an die Sozialdemokraten. Die KP hat auf der ganzen Linie eine Niederlage erlitten. So sehr objektive Gründe für den Wahlausgang beachtet sind, ist dennoch an der völligen Einflüßlichkeit der KPD nur die gewissenlose, unfähige Politik und Taktik des FR. Schuld.

Ein revolutionäres Preßgesetz.

Im Zusammenhang mit der Sohoers-Berfassung haben die Bürgerlichen einen Entwurf für die Abänderung des Preßgesetzes eingebracht, der dem Preßgesetz der Monarchie den Rang abläßt. Sogar die bürgerlichen Zeitungen sind gegen einzelne Bestimmungen Sturm gelaufen. Im allgemeinen aber bleibt der Entwurf auch in seiner abgeänderten Form ein Ausnahmengesetz gegen die revolutionäre Arbeiterpresse. Hiermit ist die von den SP-Führern so gepriesene Freiheit der Rede und Schrift zu Grabe getragen. Wir werden darüber noch ausführlich schreiben.

Ein von den Sozialisten verbreitetes Flugblatt, welches zu Bildung von Arbeitertruppen aufforderte, wurde beschlagnahmt. Einige Großer Sozialisten büßen die ultraintellektuelle Haltung des FR mit einer Anklage wegen Hochverrats. Diese Hochverratsanklage aber zeigt, wie reaktionär der Wind bereits bläst.

Gerichtssaal:

Die von der Straße leben . . .

Zwei Frauen standen sich vor dem Wiener Bezirksgericht Sünzhaus (Landesgerichtsrat Delapina) gegenüber: die dem Beamten K. angetraute Gattin S., die von ihr wegen Ehebruchs geklagte Prostituierte E., die von der Beamten eines Nachts angeprochen hatte. Bei ihm wurde aus dieser flüchtig bezahlten Liebesstunde eine große Leidenschaft zu der Prostituierten, die er nun wiederholt besuchte, der er Schmutz im fünfstündigen Schilling auslöste, die er heiraten wollte. Seine Frau kam dahinter und klagte die Prostituierte wegen Ehebruchs.

Angel: Ich wußte ja nicht, daß er verheiratet ist. Als ich daraufkam und mir seine weiteren Besuche verbat, drohte er mir, sich zu erschießen. So gab ich nach. Er klagte mir immer sein Leid über seine unglückliche Ehe und auch ich hatte in ihm einen Menschen, denn ich mein Herz ausschütten konnte. Ein Verhältnis aber kann man das nicht nennen. Er war ein Gast wie jeder andere. Geld geben konnte er mir freilich nicht jedesmal, da er ja sein Gehalt an seine Frau abliefern mußte. Dafür hat er mir aber den Schmutz ausgelöst. Allerdings habe ich mir dieses Geld in Monatsraten zu 45 Schilling zurückgeben. — Richter: Dies sichert Sie nicht vor Strafe, da Sie ihn weiter in der Wohnung empfangen, trotzdem Sie erfahren, daß er ein verheirateter Mann ist. (Zur Klägerin.) Die Frau ist geständig; verzeihen Sie ihr vielleicht und ziehen Sie die Klage zurück. — Klägerin: Nein, sie hat keine anständigen Frau den Mann weggenommen, Sie muß bestrafen werden. — Angel: (bitter): Glauben Sie vielleicht, ich bin meines Berufes wegen keine anständige Frau? Ich war einmal in guten Verhältnissen, mein Mann war angesehen. Da kam der Krieg und alles war hin. Um das Leben meiner lungenkranken Kinder zu retten und meine alte Mutter vor dem Hunger zu schützen, gab ich das einzige, was ich hatte, meinen Körper; denn gelernt hatte ich nichts. (Witend): Seien Sie nicht hart und ziehen Sie die Klage zurück. Ich bin noch unbescholten.

Die Klägerin aber blieb unverföhlich und so mußte der Richter die Angeklagte zu einer Woche Arrest, bedingt, verurteilen.

Wir wollen kein Urteil über die Hartherzigkeit dieser Frau fällen. Aber was geht den Staat der Ehebruch an? Wenn alle, die sich einem Ehebruch zuschulden kommen lassen, eingesperrt würden, müßte man alle Villen, Schlösser und Paläste in Gefängnisse umbauen. Aber dann würde auch ein Sturm gegen diese mittelalterlichen Ehebruchparagraphen durch Österreich gehen, der auch vor den Pfarrhöfen und den Staatsanwälten nicht halt machen würde.

**Tretet aus, aus
der Faschistenkirche!**

Der Schandfleck im Weltenraum. Interessante Betrachtungen.

Märchen und Wunder, phantastische Ideen, Geister, Engel, Satan und Heilige, das gehört alles ins Reich bürgerlicher Ideologie. Es ist auch gar nicht verwunderlich, werden doch schon den Kindern, sobald ihr Geist halbwegs aufnahmefähig geworden, derartige Dinge, die fern von jeder Wirklichkeit stehen, erzählt. Es ist grundfalsch, wie der Bürger sagt, daß der Mensch von Natur aus für Phantasie und Uebernatürlichkeit geschaffen sei. Eine natürliche Weltanschauung, eine Natur, mit dem er alles natürlich und wahr sieht, kann der Mensch nur erlangen, wenn er von Kindheit auf der Natur und Wirklichkeit entsprechend erzogen wurde, oder trotz falscher Erziehung in seinem geistigen Reifealter diese falsche Erziehung über Bord wirft, und sich durch Uebung im Wirklichkeitssehen zu einer freien Weltanschauung durchringt. Es ist auch nicht richtig, daß alle Träume und phantastischen Ideen der Menschen früher oder später einmal in Erfüllung gehen. Nur Ideen, denen durch die Gesetze der Natur keine Grenzen gezogen sind, können Wirklichkeit werden. Nehmen wir z. B. den Traum vieler Menschen, eine Maschine bauen zu wollen, die keinen Stoff verbraucht und doch Kraft abgeben soll, ein Perpetuum mobile. Nicht nur Laien und Sachleute, selbst Gelehrte haben sich mit dieser Idee abgemüht, oft ein Vermögen dabei verloren, und haben oft im Irrenhaus geendet. Heute weiß man, daß diese Idee eine unerfüllbare Phantasie darstellt, weil sich eben die Naturgesetze nicht so wie Gerichtsparagrafen umgehen lassen. Oder wer erinnert sich nicht der seligen „Alchemie“, die davon träumte, aus wertlosem Material Gold zu machen. Es war stets so, daß die neue Wissenschaft die alte verläßt und der Fortschritt der Menschheit bedingt es, daß es auch in Zukunft nicht anders sein wird. Der fliegende Mensch war ein uralter Traum, und er ging in Erfüllung, weil er eben eine reale Phantasie war. Es gibt Geschöpfe genug, die in den Lüften herumpendeln, warum soll der Menschengeist das nicht nachzuahmen vermögen? Ob unsere Urenkel einst auf den Mond fliegen werden? Diese Idee scheint dem Perpetuum mobile auf ein Haar zu gleichen.

Ebenso wenig, wie wir aus nichts eine Kraft schaffen können, ebenso phantastisch klingt es, ohne Luft fliegen zu können. Wo keine Luft, dort gibt es kein Leben. Der Explosionsmotor braucht Luft so wie die menschlichen Lungen, die Tragflächen des Flugzeuges brauchen Luft zum Schweben, wie das Schiff Wasser zum Schwimmen braucht. Dasselbe gilt vom Ballon oder Luftschiff. Das Raketenflugzeug kann ebenfalls der Luft nicht entzogen, weil bekanntlich durch den Luftwiderstand die Rakete explodiert und das Flugzeug schwebert. Es kann ohne Luft ebensowenig funktionieren, als die Windmühle ohne Wind. Der Flug des „Jepplin“ um die Erde war möglich, weil die objektiven und subjektiven Bedingungen hierfür gegeben waren. Sind diese aber auch für eine Reise auf den Mond gegeben? Die ungeheure Entfernung, die ungeheure Kälte, zu deren Vorstellung menschliche Begriffe nicht ausreichen, wovor sich der Mensch selbst, geschweige das Material des Fahrzeuges nicht zu schützen vermag, sowie das Fehlen der Luftdichte, oder gar im luftleeren Raum, all das sind Hindernisse, die für die Ausführbarkeit eines Raumfluges überwindlich erscheinen. Ja, diese Hindernisse scheinen ohne Zweifel schweriger zu sein, als in die Innerstiefen durch Lieberwindung des ungeheuren Druckes zu gelangen.

Trotzdem es sich in letzterem Fall nur um ein paar Kilometer handelt, ist dieses Problem ungelöst. Als ein weiteres Problem eines Planeten-Jahrzeuges wäre noch das Abschußproblem zu erwähnen, bei welchem das Fahrzeug als Geschöß gedacht ist. Eine ungeheure Explosionsstoffmenge müßte das Fahrzeug mittels einer Riesenkannone bis am Mond, bezw. bis zur Grenze seiner Anziehungssphäre schleudern. Nachdem die Rückfahrt auf eben dieselbe Weise erfolgen müßte, wäre, da es am

Mond weder Metall- noch Pulverfabriken gibt, sowohl die Kanone als auch der Explosionsstoff für den Rückschuß mitzunehmen. Wenn man nun noch Wasser, Lebensmittel, Sauerstoff, Instrumente und Besatzung hinzurechnen würde, so ergäbe sich ein sehr ansehnliches Gewicht eines derartigen Geschößes. Die deutsche, weittragende Kanone, mittels welcher während des Weltkrieges Paris beschossen wurde, müßte um ein vielhundertfaches noch verbessert werden, damit die Mondtouristen ihren Traum verwirklicht sähen. Es ist übrigens gar nicht anzunehmen, daß die moderne Wissenschaft sich ernstlich mit derartigen Problemen befaßt, sondern das, was auf diesem Gebiete gegenwärtig versucht wird, lediglich wissenschaftlichen Beobachtungen dient.

Wenn wir an die biblische Schöpfungsgeschichte glauben, nach der Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen hat, und wir uns die Erde als die einzige Scheibe, auf der es Menschen gibt, vorstellen, über die Gott das schützende Himmelzelt gespannt, in dem er zu dekorativen Zwecken Sonne, Mond und Sterne befestigt, dann allerdings müssen wir annehmen, daß so etwas wie Menschen und Technik nur auf der Erde existiert. Glauben wir der Wissenschaft nur das eine, daß es ungezählte Weltkörper gibt, die so groß und noch größer als die Erde sind, und bleiben wir bei der Anschauung, daß dieselben nur zu dekorativen Zwecken unterm Himmelzelt schweben, dann müßten natürlich wir Erdbewohner uns als die Berufenen fühlen, als einzige einen anderen Planeten zu bereisen. Wenn wir uns aber vorstellen, und die Wissenschaft lehrt es uns, daß es außer der Erde noch ungezählte Planeten gibt, die möglicherweise auch von Lebewesen bewohnt sind, dann müssen wir unseren Erdenprovinzialgeist ablegen und annehmen, daß es anderwärts noch eine vollendetere Technik geben kann als im „Erdenbezirk“.

Manche Wissenschaftsmateure, die absolut an das Planetenverkehrsmodell glauben, bezweifeln die sogenannten Sternschnuppen, wie sie jeden Abend beobachtet werden können, als ein Naturereignis und wollen in demselben schon den Raumschiffverkehr verwirklicht sehen. Der Wunsch ist eben der Vater des Gedankens. Jedemfalls sind diese Leute sehr betäubt, daß man nicht auch der Erde einen Besuch abstattet.

Sollte es wirklich so etwas geben, so wäre es gewiß sonderbar, daß diese fremden Planetenmenschen uns Erdenprovinzialern so unsympathisch gegenübersehen. Es wäre aber der Sache nicht dienlich, würden wir nichts besseres tun als uns zu ärgern, sondern wir müssen versuchen, diese Antipathie zu ergründen und zu beseitigen, damit auch wir einbezogen würden in den Weltverkehr. Vielleicht fürchten diese fremden Planetenmenschen als Kommunisten, die sie in Anbetracht ihrer Vollendung sicherlich sein würden, unsere Erdenpolizei? Sie hätten wahrlich nicht unbegründete Furcht — denn wenn sie das Pech hätten, nicht irgendwo bei den sogenannten Wilden in Afrika oder Australien, sondern in einem sogenannten Kulturland zu landen, so wäre ihr Empfang auf Erden ohne Zweifel die sofortige Verhaftung. Denn bei uns muß jeder Fremde einen Paß haben, sonst wird er „eingesperrt“. Die geistige und technische Vollendung dieser Raumfahrer befähigt sie anscheinend auch, die barbarischen und bornierten menschlichen Einrichtungen auf der Erde zu kennen, und das mag wohl der Grund sein, warum die Weltraumfahrer von anderen Planeten es bisher unterlassen haben, die Erde mit ihrem „kultivierten“ Wilden, den Schandfleck im Weltenraum, in den Raumverkehr einzubeziehen.

Neu erschienen ist die aufschlußreiche Broschüre von Leo Trotzki: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition. Preis 60 Groschen.

An alle Abonnenten und Mitglieder.

Das Parteifolial mußte am 18. November 1929 erklärt werden, wir haben dadurch die größten Schwierigkeiten, weil man die Redaktions-, Verwaltungs- und Auskunftsarbeiten ohne Folial nur schwer durchführen kann. Wir erjähren euch, im Interesse des Mahnrufs und der Arbeitslosen, deren Ursache Gen. Koch schreibt und Auskünfte erteilt, mitzuwirken, ein Parteifolial zu suchen. Wacht sofort auf die Suche. Meldet sofort beim Gen. Koch, Finkenstraße 3 I. Die Verwaltung.



Wissen ist Macht, Macht ist Wissen!

Daß ihr im Schutzbund, in der Gewerkschaft und bei den Freidenkern aktiv mitarbeitet, daß ist gut und notwendig — aber der Gipfelpunkt eurer Aktivität muß die Verbreitung des „Mahnruf“ sein. Jeden „Mahnruf“ da ihr verlangt ihr ein Schlag gegen die Reaktion. Die Verwaltung. Abonnenten, die mit der Nr. 11 die Erlagshelme erhalten, werden ersucht, unverzüglich ihren fälligen Betrag einzusenden.



Abonnenten, Leser des Mahnrufes

sendet Berichte aus dem Arbeiterleben, aus Betrieben, von Arbeitslosenvermittlungen und Invalidenämtern ein. Werdet Arbeiterkorrespondenten. Berichte sind einzuwenden an die Verwaltung des „Mahnruf“, Finkenstraße 3 I.



Mahnruf an die Leser, Abonnenten des „Mahnruf“.

Genossen, wir appellieren an euch, erfüllt eure Pflicht. Der „Mahnruf“ ist ein Kampfforgan des Proletariats und kämpft gegen alle Fronten um dem Proletariat den revolutionären Weg zu weisen. Wir brauchen Kampfmittel, um die erhöhten Druckpressen und die fortwährenden Pressestellen decken zu können. Kein Mitarbeiter des „Mahnruf“ bezieht eine Entschädigung. Unsere Genossen opfern sich im Interesse der Sache, sie stellen ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst des Mahnruf. Trotzdem wir den Preis auf 15 Groschen erhöht haben, sind die Mittel zu knapp. Spendet Freigeld bei den Kolporteurs. Aber Genossen, das wichtigste, was ihr tun müßt: helft mit an der Verbreitung des „Mahnruf“. Das Proletariat wird nur dann kampffähig sein, wenn es politisch aufgelärt, revolutionär gesinnt ist. Kolportiert überall den „Mahnruf“, laßt Berufs-kolporteurs. Mit nichts können wir unseren Feinden mehr gefährlich werden, als mit der Verbreitung des „Mahnruf“. Gedent! der Worte Wilhelm Liebknechts:

Samlungsausweise.

- Beitragssammlung.
Koch 3.— Schilling.
- Freigelds-Sammlung.
Durch die Genossen: Finang —50, Grebien —10, Finang 150, Vorbed —20, von der Kolp. Koch 1.25, Singer Kolp. —35, Singer, Voitsberg —33, Parteiverammlung gesammelt 4.73, Finang 1.—, Kolp. Koch 1.—, Finang 1.—, Kolportage Koch 3.50, Finang 1.—, Finang 1.—, Goujan —50, Grebien —50, Finang —50, Schmitzhuber —50, Urbanitsch —20, Brandl —50, R. R. —50, R. R. —50, Greiner —30, Finang 1.—, Finang 1.—,



Werdet Abonnenten!

Hast du schon den Mahnruf in deinem Haushalt? Wenn nicht, abonniere das einzige revolutionäre Kampforgan. Unterstütze damit unsern Kampf um die revolutionäre Einheit des Proletariats. Wir weisen den Weg von Marx und Lenin.

